

«Grosse Erwartungen wären verfehlt»

Papst-Rücktritt Was Führungskräfte der Kirche im Kanton vom Benedikt-Nachfolger erwarten

VON ANDREAS TOGGWEILER

Von «No comment» bis zur ausgesprochenen Hoffnung, dass ein neuer Papst frischen Wind in die Kirche bringen könnte. Die Reaktionen im katholischen «Kader» im Kanton sind vielfältig.

«Ich habe sozusagen auf der Skulptur vom Papst-Rücktritt erfahren», sagt Raimund Obrist, Pfarrer des neuen Pastoralraums Dünnerthal, den wir in den Winterferien am Handy erreichen. Der Rücktritt von Benedikt habe ihn einerseits überrascht, andererseits auch nicht, habe jener doch diese Möglichkeit auch schon angedeutet. Obrist begrüsst den Schritt als «mutigen Entscheid.»

«Fülle von Ansprüchen»

Erwartungen an einen Nachfolger äussern, sei schwierig, so der Pastoralraumfarrer weiter, müsse sich der Papst doch einer Fülle von Ansprüchen stellen. «Wichtig wäre mir jedoch, dass wieder eine Kultur des Dialogs gepflegt wird, innerhalb der Kirche und zwischen Kirche und Gesellschaft». Obrist meint damit auch die Beschlüsse des Konzils, deren Interpretation nicht allein der Kurie überlassen werden dürfe. Dass unter Benedikt vorkonziliäre Kräfte Auftrieb erhalten haben, negiert Obrist nicht. «Benedikt wurde im tridentinischen Ritus sozialisiert. Das hat man im Alter vermehrt gemerkt.»

Auch der Solothurner Stadtpfarrer Paul Rutz respektiert den Entscheid des Papstes, «umso mehr, als diese Möglichkeit ja von Johannes Paul II. explizit eingeführt wurde». Ein Nachfolger müsse die Bedürfnisse der Gesamtkirche im Auge behalten, betont Rutz. Dass die Weltkirche gegenüber den Wünschen einzelner Pfarreien Vorrang hat, scheint für ihn klar. Es gebe keine einfachen Lösungen für Probleme wie beispielsweise den Priestermangel.

Kritisch beurteilt Rutz den Dialog von Benedikt mit der erzkonservativen Piusbruderschaft. Dieser habe allerdings schon unter Johannes Paul begonnen, meint er.

Synodalratspräsident Hans-Jörg Brunner, Balsthal, attestiert dem zu-



Von St. Peter in Kestenholz (Bild) bis St. Peter in Rom sind es 900 km.

ALOIS WINIGER

rücktretenden Papst «Grösse». Immerhin habe er viele und anspruchsvolle Probleme angehen müssen. Er habe auch vieles gut gemacht, so Brunner. «Ob die Frauenordination das Problem des Priestermangels lösen kann, ist für mich offen», meint er. «Etwas weniger Konservatismus und eine modernere Haltung», erwartet Brunner hingegen von einem neuen Papst. Dabei sei es sekundär, aus welchem Erdteil ein Petrusnachfolger komme. «Es ist die Persönlichkeit, die zählt, nicht die Hautfarbe.»

Näher bei den Gläubigen als Priester und Funktionäre sind bisweilen Gemeindeleiter. Franz Günter, zusammen mit seiner Frau Susi langjähriger Gemeindeleiter in Bettlach, scheut sich nicht, auch die akuten Probleme beim Namen zu nennen. «Es ist der Priestermangel aufgrund des Zölibats und die undankbare Rolle der Frau in der Kirche», spricht Günter Klartext.

Zu konservativ für Veränderung

Dass ein neuer Papst diese Probleme angehe, glaubt er hingegen

nicht. Dazu habe Benedikt die vorkonziliären Kräfte zu stark gefördert und auch die Kardinäle als Wahlgremium seien zu konservativ. «Ich glaube nicht an eine Veränderung. Grosse Erwartungen wären somit verfehlt.» Was hingegen nicht heisse, dass sich eine Ortskirche nicht entfalten könne. «Die Arbeit hier mit den Menschen vor Ort gibt mir genügend Motivation, auch wenn wir unter dem momentanen Image der Kirche manchmal leiden.»

Für Josef Bründler, Kapuziner und verantwortlicher Pfarrer von St. Marien, Olten, kam der Rücktritt von Benedikt XVI. sehr überraschend. «Aber der Entscheid ist mutig und hat mich darum sehr gefreut», so der Kapuziner. Bründler kann sich durchaus vorstellen, dass Päpste künftig häufiger von ihrem Amt zurücktreten werden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil in fortgeschrittenerem Alter das Verständnis für den Zeitgeist etwas verloren gehen könnte. Dennoch: Die Erwartungen an den Nachfolger Benedikts möchte er nicht zu hoch gehängt sehen. «Die für die Wahl zuständigen Gremien wurden alle durch Benedikt bestellt», erklärt der Kapuziner. Dass, wie oft gehört, dessen Nachfol-

ger etwa aus Lateinamerika oder Afrika kommen müsse – davon hält der Kapuziner nicht viel. «Wichtiger als die Herkunft des neuen Papstes ist dessen Fähigkeit, die Kirche zum Aufbruch zu bewegen und Hoffnung zu bringen.» Und damit meint Bründler nicht etwa die Aufhebung des Zölibats. «Das ist eine Frage, die für mich persönlich überhaupt nicht im Vordergrund steht», so der Kapuziner.

Jugend will nichts sagen

Weder zu Papst Benedikt noch zu allfälligen Erwartungen an einen neuen Papst will man sich bei der katholischen Jugendorganisation Jungwacht/Blauring äussern. «Persönlich hoffe ich, dass er Verständnis für die Jugend hat», lässt sich Vorstandsmitglied Reno Schlupe (Derendingen) lediglich entlocken.

Und die reformierten Mitchristen? VerenaENZler (Lostorf), Präsidentin der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, hofft vor allem, dass der ins Stocken geratene ökumenische Dialog wieder belebt wird. «Eine Annäherung auf institutioneller Ebene würde ich begrüßen, denn die Basis arbeitet nach wie vor gut zusammen.» (MITARBEIT: HUB)

glp kritisiert Subventionierung

Schülerverpflegung Der Kanton will Volksschülern, die über Mittag weniger als 30 Minuten zu Hause sein können, einen Beitrag an die auswärtigen Verpflegungskosten zahlen (wir berichteten). In einer Mitteilung wehrt sich die Grünliberale Partei (glp) jetzt dagegen: «Wir sind befremdet über die Absicht des Amtes für Volksschulen allen Schülerinnen und Schülern, welche über Mittag weniger als 30 Minuten zu Hause sein können, eine Subventionierung ihrer auswärtigen Mittagmahlzeiten auszubezahlen.» Der Staat wolle einmal mehr eine Aufgabe,

«Es zumutbar, den Schülern ein gesundes Mittagessen in die Schule mitzugeben.»

die in der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, in diesem Fall der Eltern liegt, übernehmen. «Kanton und Gemeinden sollen völlig unnötig finanziell und bürokratisch zusätzlich belastet werden», schreibt die glp und hält fest: «Die Grünliberalen wehren sich gegen solche giesskanenartigen Ausschüttungen von Steuergeldern.»

Grundlage für die Regelung des Kantons ist ein im Volksschulgesetz, wonach Volksschüler mit «unverhältnismässig weitem oder beschwerlichem Schulweg» ein Recht auf einen Beitrag der öffentlichen Hand an die mittäglichen Verpflegungskosten haben. Die 30-Minuten-Regelung bezeichnet die glp als «äusserst grosszügige Auslegung des Gesetzes», die «nicht akzeptabel» sei.

Gerade auch aufgrund eines Ausbaus der Schülertransporte könne heute höchstens bei abgelegenen Berghöfen von einem «unverhältnismässig weiten oder beschwerlichen Schulweg» gesprochen werden. «An verschiedenen Schulen (zum Beispiel Kantonsschulen) bestehen subventionierte Kantinen, wo Schüler gesunde Mahlzeiten zu tiefen Preisen beziehen können», schreibt die Partei weiter. Zudem sei es zumutbar, den Schülerinnen und Schülern ein gesundes Mittagessen in die Schule mitzugeben. (ESF)

Nachrichten

Junge CVP Ja zum Raumplanungsgesetz

Mit einem einstimmigen Entscheid spricht sich der Vorstand der Jungen CVP Kanton Solothurn für die Revision des Raumplanungsgesetzes aus. Er ist der Meinung, dass sich dank dieser Revision die Zersiedelung stoppen lässt und die Verfügbarkeit des Bodens erhöht. «Gerade als Junge ist es uns ein Bedürfnis, dass die Schweiz auch in Zukunft als Wohn- und Arbeitsort attraktiv bleibt», schreibt die JCVP. Das neue Raumplanungsgesetz könne dazu beitragen. Des Weiteren lehnt der Vorstand die Minder-Initiative einstimmig ab und spricht sich stattdessen für den indirekten Gegenvorschlag aus, der seiner Meinung nach wirksamer und schneller ausgeführt werden kann, ohne dabei der Wirtschaft ein Klotz am Bein zu sein. Ohne Diskussion verabschiedet wurde die Ja-Parole zum Familienartikel. Als Jungpartei sieht die Junge CVP Kanton Solothurn die Notwendigkeit eines Verfassungsartikels, der den Bedürfnissen junger und moderner Familien Rechnung trägt. Mithilfe von familienergänzenden Tagesstrukturen könne dazu beigetragen werden, eine familienfreundlichere und gerechtere Schweiz zu erreichen. (MGT)

Für einen gelockerten Umweltschutz votiert

Energie Mehrheit der Kandidierenden will aber erneuerbare Energien fördern.

Der Strom aus erneuerbaren Energien (Wind-, Wasser- und Solarkraftwerke) soll in den nächsten Jahrzehnten gezielt forciert werden. Viele Stromproduzenten klagen jedoch darüber, dass viele ihrer Projekte über Einsparungen durch Private und Umweltverbände blockiert sind. Daher stellt sich in der



Durch eine Lockerung der Vorschriften im Umwelt- und Landschaftsschutz könnten vermehrt Kleinwasserkraftwerke gebaut werden. ZVG

lang den Fragebogen ausgefüllt. Am Grössten ist die Zustimmung mit Ja oder eher Ja bei der BDP und EVP mit fast je 90 Prozent. Mit rund 80 Prozent etwas tiefer liegt diese bei der CVP, FDP, SP, EDU und GLP. Dennoch sagt Nicole Hirt von der GLP: «Lieber Wind-, Solar- und Wasserkraftwerke als radioaktiver Abfall, den niemand haben will.»

Die prozentual tiefste Zustimmung, die mit 65 Prozent gleichwohl eine Mehrheit innerhalb der Parteien geniesst, finden sich bei der SVP und den Grünen. Sie wollen keine Lockerung um jeden Preis. Thomas Giger von der SVP kommentiert: «Im bereits überbauten Gelände oder in den Bau- und Gewerbebezonen stimme ich dem zu, ansonsten nicht.» Auch Anita Hu-

ber von den Grünen ist der Meinung, dass «Windenergieanlagen nicht in Vogelzugrouten liegen sollen».

Ja zu Windkraft auf dem Jura

Was die Installation der geplanten Windenergieanlagen im Thal und auf dem Grenchenberg betrifft, so äussern sich alle Parteien mit fast 75 Prozent und mehr positiv dazu. «Wenn die Wirtschaftlichkeit aufgezeigt werden kann, sind solche Anlagen eine echte Alternative», ist beispielsweise Martin Vogel von der FDP überzeugt.

SVP anderer Meinung

Einzige Ausreisserin dabei ist die SVP, die in dieser Frage ziemlich gespalten ist. 44 Prozent sind dagegen: «Diese Windenergieanlagen werden nicht reichen», stellt Johannes Brons von der SVP klar. Es brauche noch immer den Atomstrom. «Deshalb bin ich noch nicht überzeugt. Nach 2034 werden wir sehen, wie viel Strom uns fehlen wird», so Brons.

56 Prozent der SVP hingegen würden dem Projekt für Windenergieanlagen auf den Jurahöhen zustimmen: «Ja, wenn Kosten und Nutzen im Verhältnis stehen», meint etwa Claudia Fluri-Halbeisen. (MRU)

KANTONALE WAHLEN
MÄRZ 2013

Politik die Frage, ob die Vorschriften im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden sollen. Wie stehen die Kandidierenden für den Kantonsrat dazu?

Breite Zustimmung

Aufgrund der Smartvote-Fragebogen wird ersichtlich, dass 77 Prozent aller auf Smartvote registrierten Kandidierenden für den Kantonsrat einer Lockerung zustimmen würden. 393 der 447 Kandidierenden haben bis-